

## Agenda

### Sind Fussballfans wichtiger als Juden?

Von Roland Stark



Fussballspiele im Joggeli begeistern die Zuschauer, kosten den Steuerzahler aber auch viel Geld. Die durchschnittlichen Kosten pro Heimspiel betragen 2017 rund 180 000 Franken. Für die 18 Super-League-Heimspiele des FC Basel wendete die Kantonspolizei aus ihrem Budget insgesamt 2,61 Millionen Franken auf, also rund 145 000 Franken pro Match.

Jahr für Jahr summieren sich die Vollkosten für den Kanton auf 4 bis 5 Millionen Franken, mit einem Kostendeckungsgrad von gerade mal 15 bis 20 Prozent. Die Verantwortlichen in der Politik, beim FCB und auch die zahlreichen Fans gehen selbstverständlich davon aus, dass die Gewährleistung von Sicherheit bei Sportveranstaltungen zum Kernauftrag des Staates gehört und deshalb die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Am 13. Dezember 2017 hat es der Grosse Rat dagegen abgelehnt, an die Sicherheitsvorkehrungen für Institutionen und Angehörige der Israelitischen Gemeinde 800 000 Franken zu bewilligen. Mit 51 gegen 31 Stimmen wurde ein Budgetpostulat der liberalen Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein abgelehnt. Von 35 SP-Vertretern stimmten kläglich 2 zu (FDP 0). Ein Ergebnis, das mich mit Scham und Zorn erfüllt.

Der frühere Regierungsrat Markus Notter (SP ZH) spricht in einem Rechtsgutachten zuhanden des Israelitischen Gemeindebundes Klartext: «In vielen Reden und Verlautbarungen wird immer wieder zu Recht darauf hingewiesen, dass der Umgang der Mehrheit mit Minderheiten ein Gradmesser für die demokratische Reife und humane Qualität einer Gesellschaft ist. Die jüdische Minderheit in Europa ist der vollständigen Vernichtung im Holocaust nur knapp entkommen. Die historische Erfahrung aus dem nahen 20. Jahrhundert bleibt auch für die Jüdinnen und Juden in der Schweiz prägend. Zu Recht stellen sie den Anspruch, nie mehr um Leib, Leben und Eigentum bangen zu müssen, nur weil sie der jüdischen Gemeinschaft angehören. Und zu Recht stellen sie deshalb den Anspruch, dass der Staat sie vor gewalttätigen und feindseligen Handlungen schützt.»

Der Beschluss des Parlaments und die Argumentation des Regierungsrates zeugen von Ignoranz, mangelndem Problembewusstsein und vor allem fehlenden Geschichtskennntnissen. Anders ist die dämliche Begründung, mit der Kostenübernahme durch den Kanton würde ein Präjudiz geschaffen für andere religiöse und andere Gemeinschaften, nicht zu erklären. Baschi Dürr (FDP) und die Grossratsmehrheit gehen bei ihrer juristischen Wortklauberei offenbar davon aus, dass nach der Jüdischen Gemeinde dann auch der Wasserfahrverein Horburg, die Polizeimusik oder der Kaninchenzüchterverein ähnliche finanzielle Forderungen erheben würden.

Unsere Nachbarstaaten haben auf die verschärfte Bedrohungslage schnell reagiert und diverse Massnahmen ergriffen, um jüdische Gemeindehäuser, Synagogen und Schulen durch den Staat wirksamer zu schützen und die Finanzierung der Sicherheitsvorkehrungen zu gewährleisten. Obgleich auch der Nachrichtendienst des Bundes von einer erhöhten Gefährdung der jüdischen Minderheit ausgeht, beschränken sich unsere Behörden weitgehend auf im wahrsten Sinne des Wortes billige Sprüche.

Ich leite deshalb die Aufforderung von Christoph Eymann in der *BaZ* vom 20.12.2017 gerne auch an meine Partei weiter: «Es ist höchste Zeit, Fehlentscheide zu korrigieren und zu handeln.»

## Carte blanche

### Die Vernunft holt den Wahnsinn wieder ein

Von Andreas Schwander

Wahnsinn ist immer schneller als Vernunft. Deutschland hat mit seiner überhasteten Energiewende den CO<sub>2</sub>-Ausstoss seines Stromsystems erhöht und sich aufgrund der fehlenden Stromnetze und veränderter Lastflüsse viele Probleme geschaffen. Gleichzeitig erhält allein die Steinkohle dieses Jahr noch 800 Millionen Euro Subventionen. Am 8. Januar wurde im nordrhein-westfälischen Immerath der monumentale Dom aus dem 19. Jahrhundert abgerissen. Drunter liegt Braunkohle, mit der subventionierter Strom produziert wird – dreckig und überflüssig. Das europäische Stromsystem hat 100 Gigawatt (GW), oder 100 grosse Atomkraftwerke Überkapazitäten. Den Zweiten Weltkrieg hatte der Dom noch unbeschadet überstanden.

Gegen den deutschen Windrad- und Kohle-Irrsinn erscheinen die Schweizer Wasserkraftwerke als Kathedralen der Vernunft und des Fortschritts. Schweizer Energiepolitiker glauben deshalb, mit den Pumpspeicherwerken (PSK) starke Argumente im Poker um ein Stromabkommen mit der EU zu haben. Allerdings relativieren sich die 4,5 GW PSK gegenüber den 100 GW Überkapazität, darunter hochmoderne Gaskombikraftwerke, die sehr schnell hoch- und runterfahren können. Doch wo sonst soll die EU ihren überflüssigen Wind- und Sonnenstrom zwischenspeichern?

Das könnte täuschen. Wenn auch der Wahnsinn vorausseilt, Vernunft und Technologie sind ebenfalls unterwegs. Die Braunkohletagebaue sind wurden stark verkleinert, der Steinkohleabbau endet dieses Jahr. Die Preise für die Ausgleichsleistungen in den Stromnetzen, Systemdienstleistungen genannt, sind massiv gesunken.

## Senn-Sation

### #MeToo, der neue kalte Krieg?

Von Martin A. Senn

In ihrer Talkshow im ZDF fragte Maybrit Illner eine besonders eifrige #MeToo-Aktivistin, was sie denn machen würde, wenn der Regisseur Dieter Wedel vor Gericht von den Anschuldigungen der sexuellen Belästigung und des Missbrauchs freigesprochen würde: «Einfach als Kollateralschaden einer feministischen Kampagne abhaken und weiterfahren?»

Die junge Frau startete die Moderatorin an, als käme sie von einem anderen Stern. Was es da noch zu untersuchen gebe, empörte sie sich, die Schilderungen der betroffenen Schauspielerinnen seien dermassen schlimm, dass der Fall längst klar sei. Deshalb gehörten Wedels Filme wie auch die Werke anderer «sexuell gewalttätiger» Filmschaffender ab sofort nicht mehr gezeigt: «Solche Filme wollen wir nicht sehen!»

Für den Einwand der Moderatorin, dass man dann wohl auch manches Bild in den Museen abhängen müsste, hatte die junge Frau nur ein gleichgültiges Schulterzucken übrig. Doch da hatte der von der Talkmasterin befürchtete Bildersturm bereits begonnen: Die Kunstgalerie Manchester, meldeten britische Medien gleichentags, habe das Gemälde «Hylas and the Nymphs» wegen des sich darin spiegelnden Frauenbilds und der «viktorianischen Fantasien» abgehängt. Das Bild, gemalt 1896 von John William Waterhouse, zeigt eine Szene aus der antiken Mythologie: Hylas, der jugendliche Begleiter des Herakles, wird von mehreren nackten Nymphen in einen Teich gelockt, wo er ertrinkt.

Abgesehen davon, dass Zensur in einer freien Gesellschaft nichts, aber auch gar nichts zu suchen hat: Wieso sollen die Frauen auch hier

Grund dafür sind unter anderem sogenannte «virtuelle Kraftwerke», zusammenschaltete Boiler oder Wärmepumpen, aber auch Kühllhäuser und Industrieanlagen, die gezielt ein- oder ausgeschaltet werden.

Beschneigungsanlagen, etwa jene der Sportbahnen Lenzerheide mit ihren Pumpen und Seen, können zu einem ganzjährig nutzbaren Strompuffer mit einer Leistung von drei Megawatt (MW) umgebaut werden. Die Kosten für Telemetriesysteme liegen bei 40 000 Franken, 13 000 Franken pro MW. Das Pumpspeicherwerk Linth-Limmern hat 2,1 Millionen Franken pro MW Leistung gekostet.

Auch Trinkwasser wird gepumpt und gespeichert. Viele Kommunen in ganz Europa haben zu grosse Trinkwasserversorgungen. In den 1960er- und 70er-Jahren wurde für viel mehr Einwohner geplant und der Verbrauch pro Kopf ist zurückgegangen. Deshalb hat auch die IWB ihre Filteranlage auf dem Bruderholz stillgelegt. Wenn bei jedem Unterhalts- und Sanierungsprojekt einer Trinkwasseranlage die Batteriefunktion mit eingeplant wird, kostet das praktisch nichts und wirft einen zusätzlichen Ertrag ab.

Aber es gibt noch andere Lösungen. General Electric integriert in die Masten der neusten Windturbinengeneration Wasserreservoirs und verbindet sie mit Leitungen. Damit wird der Windpark zum Pumpspeicherwerk und gleicht seine unregelmässige Einspeisung selber aus – mit minimalen Mehrkosten.

Wenn die Schweizer Wasserkraft in den Verhandlungen mit der EU um ein Stromabkommen noch einen Verhandlungswert haben soll, muss sich die Schweiz deshalb sputen. Die Vernunft hat den Wahnsinn schon fast eingeholt.

wieder nur «passiv-dekorativ» dargestellt sein, wie das Museum moniert, wo sie den Jüngling doch immerhin in den Tod locken?

Als Mann blickt man längst nicht mehr durch. Da hiess es jahrelang, die Entdeckung und Propagierung der weiblichen Lust sei eine grosse Errungenschaft der Frauenbewegung. Und jetzt darf davon keine Rede mehr sein: Sexualität, das ist in der politisch korrekten Lesart nunmehr der Mann als Täter und die Frau als Opfer.

Die #MeToo-Welle hat, von den USA herkommend, eine Heftigkeit angenommen, die an den McCarthyismus zu Beginn des Kalten Krieges im Amerika der 1950er-Jahre erinnert. So wie damals allein der Vorwurf, Kommunist zu sein, genügte, um Künstler und ihre Werke aus der Öffentlichkeit zu verbannen, reicht heute der Vorwurf der sexuellen Übergriffigkeit.

Als Zensur wollen die Museumsverantwortlichen in Manchester ihre Massnahme nicht verstanden wissen, haben sie inzwischen nachgeschoben, es gehe ihnen nur darum, eine Diskussion anzustossen. Das ändert indes nichts daran, dass mit dem Übergriff des #MeToo-Aktivismus auf ein bedeutendes Gemälde aus dem 19. Jahrhundert eine weitere Grenze verschoben worden ist: jene zur Kunstgeschichte und zur Geschichte schlechthin.

Die Aufgeregtheit, ja die Hysterie, mit der die #MeToo-Debatte im Westen geführt wird, ist eine Verhöhnung all jener Frauen, die in Ländern leben, die ihre Rechte wirklich beschränken, nur weil sie Frauen sind. Da passt es ins Bild, wenn hierzulande die SP-Frauen das Tragen einer Burka als Selbstbestimmung der Frau verarmlosen, derweil im Iran Frauen ins Gefängnis gesteckt werden, weil sie kein Kopftuch tragen.

## Agenda

### #MeToo alleine reicht nicht

Von Markus Melzl

Vergangenes Jahr beschuldigten mehrere Frauen den amerikanischen Filmproduzenten Harvey Weinstein der sexuellen Belästigung und der Vergewaltigung. In den folgenden Monaten bis heute erhoben unzählige Frauen aus der Film-, Mode- und Medienbranche ähnliche Vorwürfe gegen übergriffige Männer. Leider haben alle diese Straftaten und Verfehlungen eines gemeinsam, dass sie bereits vor langer Zeit verübt wurden und mit Blick auf die schweizerische Strafgesetzgebung grösstenteils nicht mehr geahndet werden können. Somit bleibt den Opfern nur der Weg an die Öffentlichkeit, vorwiegend über soziale Medien, was letztendlich eine unbefriedigende Aufarbeitung ist.

Es steht somit die Frage im Raum: Weshalb nur haben die Opfer nicht viel früher reagiert und sehen sich erst Jahrzehnte später in der Lage, ihre Peiniger anzuzeigen? Es stellen sich zudem weitere Fragen, etwa, warum primär das Showbiz betroffen ist. Und: Weshalb lässt sich zum Beispiel die Interessentin für eine Filmrolle dazu überreden, sich in einem Hotelzimmer vorzustellen, und warum macht sie nicht kehrt auf dem Absatz, wenn der potenzielle Chef nur mit Bademantel bekleidet die Türe öffnet?

Das Verhalten von all den kleinen und grossen Weinsteins ist unbestritten widerlich und in vielen Fällen auch strafrechtlich relevant. Wäre nach einem sexuellen Übergriff das Opfer sofort zur Polizei gegangen, hätte man den Tatverdächtigen festnehmen und die Straftat mit hoher Wahrscheinlichkeit kriminalistisch sowie forensisch/kriminaltechnisch aufklären können. Aus ermittlungstaktischer Sicht ist es jedoch notwendig, sich vom Mainstream der Betroffenheit nicht (ver-)leiten zu lassen und zwingend auch einen polizeispezifischen Blickwinkel einzunehmen. Es ist zumindest aussergewöhnlich, dass eine Frau in das Hotelzimmer eines Filmproduzenten geht, dort von diesem sexuell missbraucht wird, daraufhin die Filmrolle bekommt, sich später bei der Premiere oder bei einer Preisverleihungen eng umschlungen mit dem Täter auf dem roten Teppich präsentiert, um ihn dann 20 oder mehr Jahre später eines Deliktes zu beschuldigen.

### Das Verhalten von all den kleinen und grossen Weinsteins ist unbestritten widerlich und in vielen Fällen strafrechtlich relevant.

Diese Fragekette mag jetzt gewissen Personen verständlicherweise sauer aufstossen. Im Rahmen eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens sind dennoch solche Abklärungen notwendig, damit überhaupt eine Anklage erhoben und ein Strafurteil gefällt werden kann. Das Schweizerische Strafrecht sieht zudem bei sexueller Nötigung und Vergewaltigung eine Maximalstrafe von zehn Jahren vor und die Strafverfolgung verjährt somit 15 Jahre nach der Tat. Dann ist «aus die Maus».

Schliesslich noch etwas zur oft falsch interpretierten Ausnützung der Notlage. Eine strafrechtlich relevante Abhängigkeit wird gerichtlich verneint (Kommentar StGB Andreas Donatsch u. a.) «bei beruflerfahrenen, durchschnittlich intelligenten erwachsenen Frauen, die, um zu einer Anstellung zu gelangen, wiederholt Manipulationen im Intimbereich durch den Täter zulassen» (so weit der zugegebenermassen grässliche Juristentext).

Zum Schluss eine allgemeine Bemerkung. Wer bei einem Vorstellungsgespräch vom künftigen Chef mit heruntergelassenen Hosen empfangen wird, sollte zügig nach einer anderen Anstellung Ausschau halten. Aus diesem Job wird eh nie etwas Vernünftiges werden.

Markus Melzl ist ehemaliger Kriminalkommissär und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt.

# Basler Zeitung

## Basler Zeitung AG

Gegründet 1842 (National Zeitung) und 1844 (Basler Nachrichten)

Verleger, Geschäftsführer und Chefredaktor: Markus Sommi (ms)

Stv. Chefredaktor: David Thommen (-en)

Chefredaktion: Erik Ebneter (ebn), Leiter Politik/Wirtschaft – Viviane Joyce Laissue (vj), Chef vom Dienst – Christian Keller (ck), Leiter Region – Laïla Abdel'Al, Assistentin

Politik, Wirtschaft: Erik Ebneter (ebn), Leitung – Martin Furrer (mfu), stv. Leitung Politik – Lukas Lampart (lam) – Michael Hug (Autor, hu) – Michael Surber (sur) Patrick Griesser (pg), stv. Leitung Wirtschaft – Stephan Reuter (sr) – Christian Egli (che) – Christoph Hirter (hic)

Bundeshaus: Dominik Feusi (ff), Leitung – Beni Gafner (bg) – Alex Reichmuth (are) – Andrea Sommer (aso)

Basel-Stadt, Baselland, Region: Christian Keller (ck), Leitung – Dominik Heitz (he), Teamleitung Basel-Stadt – Joël Hoffmann (jho), Teamleitung Land – Serkan Abrecht (sa) – Thomas Dähler (td) – Denise Dollinger (dd) – Lisa Groelly (lg) – Thomas Gubler (Gu) – Mischka Hauswirth (hws) – Nina Jecker (nj) – Franziska Laur (fl) – Alessandra Paone (ale) – Martin Regenass (mar) – Alexander Müller (amu) – Dina Sambar (dis) – Kurt Tschan (kt) – Daniel Wahl (wah)

Sport: Marcel Rohr (mr), Leitung – Oliver Gut (og), stv. Leitung – Sebastian Briellmann (sb) – Tilman Pauls (tip) – Dominic Willmann (dw)

Kolumnisten: Marco Chiudinelli, Karl Odermatt, Marc Surer

Kultur: Raphael Suter (ras), Leitung – Markus Wüest (mw), stv. Leitung – Simon Bordier (bor) – Christoph Heim (hm) – Nick Joyce (nj) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Sigfrid Schibli (bil) – Jochen Schmid (js)

Meinungen und Profile: Markus Vogt (mv)

Auslandskorrespondenten: Michael Bahnerth (mib), Berlin/Basel – Rudolf Balmer (RB), Paris – Wolfgang Drechsler (wdk), Kapstadt – Paul Flückiger (ffü), Warschau – Willi Germund (wig), Bangkok – Frank Herrmann (fhw), Washington – Pierre Heumann (heu), Naher Osten – Felix Lee (flp), Peking – Hansjörg Müller (hjm), London – Thomas Roser (tro), Belgrad – Stefan Scholl (sch), Moskau – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Kolumnisten: Manuel Bategay – Silvio Borner – Christoph Eymann – Felix Erbacher (FE) – Markus Häring – Hans-Peter Hammel (-minu) – Martin Hicklin (hckl) – Helmut Hubacher – Markus Melzl – Manfred Messner – Linus Reichlin – Eric Sarasin – Martin A. Senn – Eugen Sorg – Roland Stark – Tamara Werrill – Tino Krattiger

Spezialseiten: Bildung, Gesundheit heute: Denise Dollinger (dd) Essen & Trinken: Roland Harisberger (rh) Mobil: Benno Brunner (bb) Reisen: Peter de Marchi (pdm)

Beilagen/Projekte: Benno Brunner (bb) – Roland Harisberger (rh)

Produktion: Benno Brunner (bb), Stv. Chef vom Dienst – Peter de Marchi (pdm) – Roland Harisberger (rh) – Christian Horisberger (ch) – Lukas Lampart (lam) – Eva Neugebauer (ene) – Stephan Reuter (sr) – Kurt Tschan (kt)

Gestaltung: Nino Angiuli (Art Director), Paul Graf

Bildredaktion/Fotografen: Florian Bärtschiger – Pino Covino – Lucian Hunziker – Kostas Maros – Dominik Plüss – Nicole Pont

Korrektur: Anne-Sophie Heer, Lesley Paganetti; Somedia

Sachbearbeitung: Milena De Matteis – Michèle Gartenmann – Marcel Münch

Dokumentation/Archiv: Marcel Münch doku@baz.ch

Redaktion: Aeschenplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 639 11 84, redaktion@baz.ch / vorname.name@baz.ch

Büro Laufental/Schwarzbubenland: Basler Zeitung AG, Postfach, 4245 Kleinlützel Tel. 061 639 11 11

Verlag: Aeschenplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst: Montag bis Freitag von 7.30–12 Uhr und 13–17 Uhr, Samstag von 7.30–12 Uhr, Sonntag von 8–11 Uhr, Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Abonnementspreise: Basler Zeitung (mit Sonntagszeitung, inkl. 2,5% MWST): 6 Monate Fr. 276.–, 12 Monate Fr. 525.– (Ausland auf Anfrage)

Leiterin Lesermarkt/Vertrieb: Martina Barth

Leiter Werbemarkt: Damian Fischer

Leiter Grafik und Druckvorstufe: Reto Kyburz

Inserate: Basler Zeitung AG, Aeschenplatz 7, Postfach, 4002 Basel Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20 inserate@baz.ch, www.bzm.ch

Schalter für Inserate: Montag-Freitag von 8.00–12.00, 13.00–17.00 Uhr Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19 schalter@baz.ch

Annoncenpreis: Basler Zeitung, s/w oder farbig Fr. 4.25, (mm-Basispreis, zzgl. MwSt.)

Ein Mitglied des metropool

Todesanzeigen: todensanzeigen@baz.ch, Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19

Geschützte Marken:

Nordwestschweizer ZEITUNG Basler Woche Baslerfab

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG Bubenbergrasse 1, 8021 Zürich

Basler Zeitung AG: Bekanntgabe namhafter Beteiligungen: Neue Fricktaler Zeitung AG, Presse TV